

Seite: 4  
Quellrubrik: Politik

Ausgabe: Hauptausgabe

INTERVIEW KASSENVERBANDSCHEFIN DORIS PFEIFFER

## "In vielen Regionen haben wir Überversorgung"

Gesetzliche Krankenversicherung fordert Differenzierung beim Thema Ärztemangel - Krankenhauslandschaft soll auf den Prüfstand

**Berlin** - Klinken schließen, Überkapazitäten in der ambulanten Versorgung abbauen - die Gesetzlichen Krankenkassen schrecken auch vor unpopulären Forderungen nicht zurück, um den steigenden Kosten im Gesundheitswesen Einhalt zu gebieten. Im Interview mit Antje Schroeder von unserer Berliner Redaktion beklagt die **Vorstandsvorsitzende des Spitzenverbands der Gesetzlichen Krankenversicherung, Doris Pfeiffer**, die Zögerlichkeit der Politik.

Explodierende Kosten im Gesundheitswesen: Mit welchen Beitragserhöhungen müssen gesetzlich Versicherte rechnen?

**Pfeiffer:** In diesem Jahr rechnen wir nicht mit Beitragserhöhungen, ab 2016 aber schon. Die Bundesregierung hat eine Reihe von Gesetzen in Gang gebracht, die zusätzliche Belastungen bringen. Wir gehen davon aus, dass ab nächstem Jahr bei einem Einkommen von 3000 Euro im Durchschnitt etwa 30 Euro pro Monat als Zusatzbeitrag anfallen.

Welches sind die größten Kostentreiber?

**Pfeiffer:** Infolge des Versorgungsstärkungsgesetzes beispielsweise soll es mehr Geld für Ärzte in bestimmten Regionen geben. Insbesondere die Krankenhausreform kostet zusätzliches Geld, aber auch das Präventionsgesetz und das E-Health-Gesetz. Im nächsten Jahr werden die zusätzlichen Belastungen bei 1,7 Milliarden Euro liegen. Im Jahr 2019 sind wir aufgrund der geplanten Gesetze

schon bei mehr als drei Milliarden Euro an zusätzlichen Kosten.

Schon im vergangenen Jahr sind die Ausgaben angestiegen. Inwieweit sind hausgemachte Probleme der Krankenkassen für den Kostenanstieg verantwortlich?

**Pfeiffer:** Noch haben wir eine stabile Finanzsituation und Reserven. Wir sehen aber, dass die Ausgaben beispielsweise bei Arzneimitteln stark zunehmen. Wir müssen deshalb die Politik dringend auffordern, bei den Gesetzen darauf zu achten, dass die Ausgaben nicht ins Uferlose steigen.

Warum bringt die Krankenhausreform keine Entlastung?

**Pfeiffer:** Die Krankenhäuser sollen zunächst mehr Geld bekommen. Dazu gehören zusätzliche Personalstellen und ein Strukturfonds, um die Krankenhauskapazitäten zu reduzieren. Das begrüßen wir. Wir unterstützen die Schließung von Krankenhäusern, die für die gute Versorgung nicht mehr notwendig sind. Das kostet im ersten Schritt mehr Geld. Langfristig hoffen wir auf eine Entlastung. Allerdings muss auch die Politik mitspielen. Insbesondere die Länder haben in der Vergangenheit dafür gesorgt, dass Krankenhäuser erhalten bleiben, auch wenn sie nicht mehr notwendig sind.

Teuer ist auch das Versorgungsstärkungsgesetz. Können wir uns eine bessere Versorgung leisten?

**Pfeiffer:** In vielen Regionen haben wir

Überversorgung, besonders in den Ballungsräumen, während es in anderen Regionen zu wenig Ärzte gibt. Hier würden wir uns wünschen, dass die Bundesregierung noch konsequenter dafür sorgt, dass die Überversorgung abgebaut wird, beispielsweise durch die Schließung von überflüssigen Arztpraxen in Großstadregionen. Es ist nicht mehr zeitgemäß, dass Ärzte, die in Rente gehen, den Anspruch haben, ihre Praxis in überversorgten Regionen verkaufen zu können. Hier müssen die Kassenärztlichen Vereinigungen eingreifen und diese Praxen selbst aufkaufen. Im Versorgungsstärkungsgesetz gibt es allerdings so viele Ausnahmeregelungen, dass wir fürchten, dass diese Regelung ein Papiertiger wird.

Wie ist langfristig die Finanzierung der Gesetzlichen Krankenkassen zu sichern?

**Pfeiffer:** Zurzeit haben wir eine stabile Situation und gute Beitragseinnahmen. Die demografische Entwicklung trifft uns noch nicht. Noch sind die meisten Babyboomer erwerbstätig. In den nächsten zehn Jahren ist deshalb keine grundlegende Verschlechterung zu erwarten. Wir müssen aber auch darauf achten, dass wir bei den neuen Behandlungsmöglichkeiten nur diejenigen in die Versorgung aufnehmen, die den Menschen nutzen - und nicht die, die nur neu und teuer sind, aber niemandem helfen.